

Ausserordentliche Sitzung 6. Februar 2019

Summarisches Protokoll

Traktandierte Geschäfte

1. Erhaltung der Ersatzwahl und Inpflichtnahme von zwei Mitgliedern des Kantonsrates (RRB Nr. 788/2018 und RRB Nr. 29/2019)

Der Rat erwahrt die Wahl von KR Philip Cavicchiolo, Schübelbach, an Stelle der zurückgetretenen Bettina Eschmann und die Wahl von KR Rolf Sigrist, Wollerau, an Stelle des zurückgetretenen Andreas Meyerhans. Die neuen Ratsmitglieder leisten das Amtsgelübde.

2. Ersatzwahl des Kommissionspräsidenten und eines Mitglieds der Kommission für Bildung und Kultur

Auf Vorschlag der CVP-Fraktion wird KR Mathias Bachmann, Küssnacht, an Stelle des als Kommissionspräsident zurückgetretenen KR Adrian Dummermuth zum Präsidenten der Kommission für Bildung und Kultur für die restliche Amtsdauer 2016–2020 gewählt.

Auf Vorschlag der CVP-Fraktion wird KR Dr. Daniel Woodtli, Ingenbohl, als Mitglied der Kommission für Bildung und Kultur für die restliche Amtsdauer 2016–2020 gewählt.

3. Transparenzgesetz (TPG) (RRB Nr. 785/2018 und RRB Nr. 942/2018)

Der Kantonsrat tritt auf die Vorlage ein.

In der Detailberatung ergibt sich:

§ 1 Abs. 1 Bst. a (inklusive die entsprechenden Bestimmungen bei §§ 2, 3, 5, 12, 14 und 15)

KR Urs Heini stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:

- a) die Pflichten von Parteien und politischen Gruppierungen, Kampagnenkomitees, Lobbyorganisationen und sonstigen Organisationen (Parteien und sonstige Organisationen) zur Offenlegung der Finanzierung ihrer Wahl- und Abstimmungskampagnen *sowie Unterschriftensammlungen und Vorkampagnen* bei Urnengängen, die in die Zuständigkeit von Kanton, Bezirken und Gemeinden fallen (*Kampagnen*).

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 1 Abs. 1 Bst. a (inklusive die entsprechenden Bestimmungen bei §§ 2, 3, 5, 12, 14 und 15):

Der Kommissionsfassung wird mit 80 zu 14 Stimmen zugestimmt.

§ 2 Abs. 3

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag I gegenüber.

Der Regierungsrat schliesst sich dem Minderheitsantrag I an.

Abstimmung über den Minderheitsantrag I:

Der Regierungsfassung wird mit 81 zu 14 Stimmen zugestimmt.

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag II gegenüber.

Der Regierungsrat schliesst sich dem Minderheitsantrag II an.

Abstimmung über den Minderheitsantrag II:

Der Regierungsfassung wird mit 79 zu 15 Stimmen zugestimmt.

§ 3 Abs. 1

KR Andreas Marty stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:

Parteien und sonstige Organisationen sind offenlegungspflichtig, wenn die budgetierten oder getätigten Aufwendungen für eine *kantonale* Wahl oder Abstimmung *Fr. 10 000.-- und für eine Wahl oder Abstimmung in Bezirk und Gemeinde Fr. 5000.-- Fr. 1000.--* überschreiten.

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 3 Abs. 1:

Der Regierungsfassung wird mit 80 zu 13 Stimmen zugestimmt.

§ 4 Abs. 1

KR Urs Heini stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:

Parteien *erstellen jährlich* und sonstige Organisationen *erstellen* für jedes *Kalenderjahr*, in dem sie sich an einer Wahl oder Abstimmung von Kanton, Bezirk oder Gemeinde beteiligt haben, eine Liste der zusätzlich zu § 3 erhaltenen Spenden (Parteispenden) mit: [...]

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 4:

Der Regierungsfassung wird mit 65 zu 26 Stimmen zugestimmt.

§ 5 Abs. 1 Bst. d (neu)

KR Urs Heini stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:

d) die jährliche Schlussrechnung der beteiligten Partei oder sonstigen Organisation bis Ende März des Folgejahres.

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 5 Abs. 1 Bst. d (neu):

Der Kommissionsfassung wird mit 79 zu 14 Stimmen zugestimmt.

§ 7 Abs. 1 Bst. b bis f

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über § 7 Abs. 1 Bst. b bis f:

Der Kommissionsfassung wird mit 71 zu 19 Stimmen zugestimmt.

§ 9 Abs. 1 Bst. a

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über § 9 Abs. 1 Bst. a:

Der Regierungsfassung wird mit 59 zu 28 Stimmen zugestimmt.

§ 9 Abs. 1 Bst. d

Es stehen sich die Kommissionsfassung und die Regierungsfassung gegenüber.

Abstimmung über § 9 Abs. 1 Bst. d:

Der Regierungsfassung wird mit 29 zu 57 Stimmen zugestimmt.

§ 14 Abs. 3

KR Markus Kern stellt den Antrag:

Die Angaben über die Interessenbindungen von Kandidierenden, die nicht gewählt wurden, und von Amtsinhabern, die ausscheiden, sind umgehen zu löschen. Angaben über die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen *und Parteispenden* sind nach einem Jahr zu löschen.

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 14 Abs. 3:

Dem Antrag wird mit 0 zu 93 Stimmen zugestimmt.

§ 14 Abs. 3

KR Carmen Muffler stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:

Die Angaben über die Interessenbindungen von Kandidierenden, die nicht gewählt wurden, und von Amtsinhabern, die ausscheiden, sind umgehen zu löschen. Angaben über die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen sind nach ~~einem~~ fünf Jahren zu löschen.

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 14 Abs. 3:

Der Regierungsfassung wird mit 78 zu 11 Stimmen zugestimmt.

§ 15 Abs. 1

KR Alex Keller stellt namens der SP-Fraktion den Antrag

Mit Busse bis Fr. 10 000.-- wird bestraft, wer trotz Mahnung vorsätzlich:

- a) als Kandidierender oder gewählter Mandatsträger Interessenbindungen nicht ~~rechtzeitig oder~~ vollständig oder *trotz Mahnung* nicht rechtzeitig offenlegt;
- b) die Angaben über die Finanzierung einer Wahl- oder Abstimmungskampagne oder Parteispenden nicht ~~rechtzeitig oder~~ vollständig oder *trotz Mahnung nicht rechtzeitig* offenlegt;

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 15 Abs. 1:

Der Regierungsfassung wird mit 60 zu 30 Stimmen zugestimmt.

§ 15 Abs. 4

Es stehen sich die Kommissionsfassung und die Regierungsfassung gegenüber.

Abstimmung über § 15 Abs. 4:

Der Kommissionsfassung wird mit 79 zu 14 Stimmen zugestimmt.

§ 16 Ziff. 1

Es stehen sich der Kommissionsantrag, «wilde Listen» auf allen kantonalen Stufen nicht mehr zuzulassen, und die Regierungsfassung gegenüber.

Abstimmung über § 16 Ziff. 1:

Der Regierungsfassung wird mit 37 zu 53 Stimmen zugestimmt.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 52 zu 38 Stimmen genehmigt.

Die Vorlage unterliegt gemäss § 34 Abs. 2 KV dem obligatorischen Referendum.

4. Gesetz über die Denkmalpflege und Archäologie (Denkmalschutzgesetz, DSG) (RRB Nr. 708/2017 und RRB Nr. 911/2018; Natur- und Heimatschutzgesetz)

Der Kantonsrat tritt auf die Vorlage ein.

In der Detailberatung ergibt sich:

§ 3 Abs. 2

KR Elisabeth Anderegg Marty stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:
Schutzobjekte der Denkmalpflege *sind insbesondere:*

- a) Ortsbilder;
- b) Gebäudegruppen und Einzelbauten unter Einbezug ihrer Ausstattung und der für ihre Wirkung wesentlichen Umgebung;
- c) *historische Verkehrswege;*
- d) *gestaltete Freiräume;*
- e) *alle in öffentlichen Gebäuden, Kirchen und Kapellen befindlichen Altertümer und Kunstgegenstände.*

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 3 Abs. 2:

Der Regierungsfassung wird mit 79 zu 14 Stimmen zugestimmt.

§ 4 Abs. 3

Es stehen sich die Kommissionsfassung und die Regierungsfassung gegenüber.

Abstimmung über § 4 Abs. 3:

Der Kommissionsfassung wird mit 79 zu 10 Stimmen zugestimmt.

§ 6 Abs. 1 und 2 (neu)

KR Alex Keller stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:

¹ Schutzobjekte dürfen ohne vorgängige Bewilligung des Regierungsrates *weder beseitigt, verändert noch in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden.*

² *Sie sind von den Eigentümern so zu unterhalten, dass deren Bestand dauerhaft gesichert ist.*

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 6 Abs. 1 und 2 (neu):

Der Regierungsfassung wird mit 79 zu 13 Stimmen zugestimmt.

§ 6 Abs. 1

Der Regierungsrat schliesst sich dem Minderheitsantrag an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über § 6 Abs. 1:

Der Kommissionsfassung wird mit 47 zu 39 Stimmen zugestimmt.

§ 8 Abs. 2

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über § 8 Abs. 2:
Dem Minderheitsantrag wird mit 17 zu 70 Stimmen zugestimmt.

§ 9

KR Andreas Marty stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:
Bauliche Veränderungen in der für die Wirkung von Schutzobjekten wesentlichen Umgebung sind im Baubewilligungsverfahren von der zuständigen Fachstelle zu beurteilen. Sie kann Nebenbestimmungen erlassen.

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an (ersatzlose Streichung von § 9).

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 9:
Der Kommissionsfassung wird mit 77 zu 13 Stimmen zugestimmt.

§ 10 Abs. 3 und 4 bis 5 (neu)

KR Jonathan Prelicz stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:
³ *Die Baubewilligungsbehörde darf im Bereich von Ortsbildern, die im Bundesinventar mit dem Ziel der Substanzerhaltung verzeichnet sind, Neubauten und wesentliche Umbauten nur mit Zustimmung der zuständigen Fachstelle bewilligen.*
⁴ *Die Gemeinden haben im Rahmen der Nutzungsplanung wie auch bei konkreten Vorhaben dem Bundesinventar ISOS Rechnung zu tragen.*
⁵ *Die Gemeinden fördern die Ortsbildqualität auch ausserhalb der geschützten Ortsbilder durch geeignete Vorschriften in ihren Nutzungsplanungen.*

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 10 Abs. 3 und 4 bis 5 (neu):
Der Regierungsfassung wird mit 79 zu 13 Stimmen zugestimmt.

§ 13 Abs. 2

Es stehen sich die Kommissionsfassung und die Regierungsfassung gegenüber.

Abstimmung über § 13 Abs. 2:
Der Kommissionsfassung wird mit 53 zu 33 Stimmen zugestimmt.

§ 16 Abs. 3

KR Carmen Muffler stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:
Der Finder solcher Gegenstände und der Eigentümer des Grundstückes haben Anspruch auf eine angemessene Vergütung, welche das zuständige Amt festlegt.

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 16 Abs. 3:

Der Kommissionsfassung wird mit 75 zu 17 Stimmen zugestimmt.

§ (neu) 2. Kommission für Denkmalschutz

Eventualbeschluss über die Frage des Wahlorgans einer etwaigen Kommission für Denkmalschutz:

Es stehen sich die Kommissionsfassung (Wahlorgan ist der Regierungsrat) und der Minderheitsantrag (Wahlorgan ist der Kantonsrat) gegenüber.

Abstimmung:

Der Kommissionsfassung wird mit 49 zu 37 Stimmen zugestimmt.

Grundsatzbeschluss über die Schaffung einer Kommission für Denkmalschutz:

Es stehen sich die Kommissionsfassung (Schaffung einer Kommission für Denkmalschutz) und die Regierungsfassung (keine Schaffung einer Kommission für Denkmalschutz) gegenüber.

Abstimmung:

Der Regierungsfassung wird mit 25 zu 65 Stimmen zugestimmt.

§ 20 Abs. 1

KR Sibylle Ochsner stellt namens der FDP-Fraktion den Antrag:

Vorsätzliche ~~und fahrlässige~~ Widerhandlungen gegen die §§ 6 und 12 Abs. 2 dieses Gesetzes und gestützt auf darauf erlassene Vollzugsvorschriften oder Verfügungen werden mit Busse bis Fr. 10 000.--, in schweren Fällen oder im Wiederholungsfall bis Fr. 50 000.-- bestraft.

Der Regierungsrat schliesst sich der Kommissionsfassung an.

Es stehen sich die Kommissionsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 20 Abs. 1:

Dem Antrag wird mit 36 zu 54 Stimmen zugestimmt.

§ 21 Abs. 1

KR Jonathan Prelicz stellt namens der SP-Fraktion den Antrag:

Wer einen rechtswidrigen Zustand im Sinne dieses Gesetzes schafft, ~~wird kann~~ unabhängig von einem Strafverfahren durch die zuständige Behörde verpflichtet ~~werden~~:

- a) die widerrechtlich getroffenen Massnahmen rückgängig zu machen;
- b) die Kosten zu übernehmen, die aus der Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes entstehen;
- c) *die widerrechtlich veräusserten Objekte zurückzuerstatten*;
- d) angemessenen Ersatz zu leisten, wenn die Wiederherstellung nicht möglich ist.

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Antrag gegenüber.

Abstimmung über § 21 Abs. 1:

Der Regierungsfassung wird mit 77 zu 13 Stimmen zugestimmt.

§ 24 Änderung bisherigen Rechts: § 2a (neu) Landschaftsschutzgesetz

Es stehen sich die Regierungsfassung und der Minderheitsantrag gegenüber.

Abstimmung über § 24 Änderung bisherigen Rechts: § 2a (neu) Landschaftsschutzgesetz:
Dem Minderheitsantrag wird mit 25 zu 61 Stimmen zugestimmt.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 72 zu 13 Stimmen genehmigt.

Die Vorlage wird dem fakultativen Referendum gemäss § 35 der Kantonsverfassung unterstellt.

5. Kantonsratsbeschluss über eine Ausgabenbewilligung für die Projektierung des Verwaltungsstandortes Biberbrugg (RRB Nr. 831/2018)

Der Kantonsrat tritt auf die Vorlage ein.

Die Vorlage wird nach der Detailberatung mit 79 zu 5 Stimmen genehmigt.

6. Motion M 5/18: Anpassung der Konkordatsvereinbarung betreffend das Laboratorium der Urkantone (RRB Nr. 862/2018)

Die Motion M 5/18: Anpassung der Konkordatsvereinbarung betreffend das Laboratorium der Urkantone wird mit 39 zu 49 Stimmen in ein Postulat umgewandelt und mit 60 zu 27 Stimmen als Postulat erheblich erklärt.

7. NFA-Gerechtigkeit bei Grundstück-Vermögenswerten der Kantone, Bericht zu Postulat P 3/15 (RRB Nr. 959/2018)

Der Kantonsrat tritt auf die Vorlage ein.

Der Kantonsrat nimmt den Bericht über den Vollzug des Postulats P 3/15 mit 83 zu 0 Stimmen mit Zustimmung zur Kenntnis.

8. Festlegung der Richtzahlen für Klassengrössen in die Kompetenz des Kantonsrates, Bericht zu Postulat M 13/14 (RRB Nr. 985/2018)

Der Kantonsrat tritt auf die Vorlage ein.

Der Kantonsrat nimmt den Bericht über den Vollzug des Postulats M 13/14 mit 44 zu 36 Stimmen mit Zustimmung zur Kenntnis.

Erheblich erklärt werden:

- **Postulat M 5/18** von KR Albin Fuchs, KR Bruno Nötzli und Mitunterzeichnende: Anpassung der Konkordatsvereinbarung betreffend das Laboratorium der Urkantone (RRB Nr. 862/2018)

Erledigt/abgeschrieben werden:

- **Postulat M 13/14** von KR Sibylle Ochsner, KR Paul Hardegger, KR Eva Isenschmid: Festlegung der Richtzahlen für Klassengrössen in die Kompetenz des Kantonsrates, erheblich am 23. September 2015 (RRB Nr. 985/2018)
- **Postulat P 3/15** von KR Markus Ming und vier Mitunterzeichnenden: NFA-Gerechtigkeit bei Grundstück-Vermögenswerten der Kantone, erheblich am 21. Oktober 2015 (RRB Nr. 959/2018)
- **Postulat P 4/15** von KR Christoph Weber und fünf Mitunterzeichnenden: Rechtssicherheit und klare Rahmenbedingungen fürs Bauen (RRB Nr. 708/2017: Denkmalschutzgesetz)
- **Interpellation I 3/18** von KR Leo Camenzind und KR Dr. Guy Tomaschett: Wie viel vom Einkommen bleibt uns Schwyzerinnen und Schwyzern eigentlich übrig? (RRB Nr. 533/2018)
- **Interpellation I 32/18** von KR Leo Camenzind und KR Dr. Guy Tomaschett: Die Entwicklung des frei verfügbaren Einkommens soll nicht bedeutsam sein? (RRB Nr. 914/2018)
- **Kleine Anfrage KA 17/18** von KR Thomas Büeler und KR Prisca Bünter: Politische Einflussnahme durch den Direktor der IV-Stelle Schwyz, eingereicht 18. Dezember 2018, beantwortet 21. Januar 2019
- **Kleine Anfrage KA 18/18** von KR Andreas Marty: Falsche Berechnung der Prämienverbilligungen?, eingereicht 19. Dezember 2018, beantwortet 21. Dezember 2018

Schwyz, 7. Februar 2019

Dr. Paul Weibel, Protokollführer